



Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Burg 42-44. Fernruf 1047.

Druckerei: Halle (Saale), Burg 42-44. Fernruf 1045.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Abonnementpreis: Frei Haus monatl. 6 Mark, vierteljährl. 18 Mark; durch die Post bezogen monatl. 6 Mark, ohne Zustellungsgebühr.

Das Diktum in der Kohlenfrage!

Deutschland muß 2—2½ Millionen Tonnen monatlich liefern!

Die Beschlüsse in Spa. Spa, 12. Juli. (Anteil.) Heute nachmittag 1/4 Uhr traten die Führer der auf der Konferenz vertretenen Regierungen zu einer Sonderbesprechung zusammen...

Die Kohlenfrage. Die alliierten Regierungen teilten mit, daß sie nach einer Prüfung der auf dem Beschluß gekommenen seien, daß es grundsätzlich bei der im Friedensvertrag vorgesehenen Festsetzung der russischen Kohlenlieferungen bleiben müßte...

Die alliierten Regierungen erklärten noch länger Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Diktum sein Wollen haben müßte, sofern nicht die deutschen Vertreter noch mal die Frage in Erwägung ziehen wollten...

Die alliierten Regierungen erklärten noch länger Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Diktum sein Wollen haben müßte, sofern nicht die deutschen Vertreter noch mal die Frage in Erwägung ziehen wollten...

Die alliierten Regierungen erklärten noch länger Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Diktum sein Wollen haben müßte, sofern nicht die deutschen Vertreter noch mal die Frage in Erwägung ziehen wollten...

Die alliierten Regierungen erklärten noch länger Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Diktum sein Wollen haben müßte, sofern nicht die deutschen Vertreter noch mal die Frage in Erwägung ziehen wollten...

Die alliierten Regierungen erklärten noch länger Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Diktum sein Wollen haben müßte, sofern nicht die deutschen Vertreter noch mal die Frage in Erwägung ziehen wollten...

Die alliierten Regierungen erklärten noch länger Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Diktum sein Wollen haben müßte, sofern nicht die deutschen Vertreter noch mal die Frage in Erwägung ziehen wollten...

Die alliierten Regierungen erklärten noch länger Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Diktum sein Wollen haben müßte, sofern nicht die deutschen Vertreter noch mal die Frage in Erwägung ziehen wollten...

Die weiteren Verhandlungen.

Berlin, 12. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Ueber die Kohlenfrage wird die letzte Entscheidung nach der heutigen Antwort der Alliierten fallen.

Die polnische Niederlage.

Der Zusammenbruch des militärischen Polen ist so vollkommen, daß jetzt die Bitte um Waffenstillstand an Sowjet-Rußland erhoben wurde.

Der militärische Zusammenbruch Polens läßt sich durch keine Verhältnisse und Berichtigungen lange verweilen. Die Nachricht, daß die Polen die Waffen getrennt und um Frieden gebeten haben, mag Gerücht sein; aber dieses Gerücht entpringt der unabweislichen Tatsache, daß die polnische Front an keinem Punkte hält.

Die alliierten Regierungen erklärten noch länger Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Diktum sein Wollen haben müßte, sofern nicht die deutschen Vertreter noch mal die Frage in Erwägung ziehen wollten...

Die alliierten Regierungen erklärten noch länger Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Diktum sein Wollen haben müßte, sofern nicht die deutschen Vertreter noch mal die Frage in Erwägung ziehen wollten...

Die alliierten Regierungen erklärten noch länger Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Diktum sein Wollen haben müßte, sofern nicht die deutschen Vertreter noch mal die Frage in Erwägung ziehen wollten...

Die alliierten Regierungen erklärten noch länger Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Diktum sein Wollen haben müßte, sofern nicht die deutschen Vertreter noch mal die Frage in Erwägung ziehen wollten...

Die alliierten Regierungen erklärten noch länger Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Diktum sein Wollen haben müßte, sofern nicht die deutschen Vertreter noch mal die Frage in Erwägung ziehen wollten...

Die alliierten Regierungen erklärten noch länger Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Diktum sein Wollen haben müßte, sofern nicht die deutschen Vertreter noch mal die Frage in Erwägung ziehen wollten...

glücklich enden mußte, trotz des anfänglichen Erfolges, den die Abwendung der russischen Streitkräfte nach dem Osten und dem Süden in den ersten Wochen ermöglichte, war in dem westseitigen Kraftverhältnis selber Wägen von vornherein gegeben.

Die alliierten Regierungen erklärten noch länger Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Diktum sein Wollen haben müßte, sofern nicht die deutschen Vertreter noch mal die Frage in Erwägung ziehen wollten...

Die alliierten Regierungen erklärten noch länger Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Diktum sein Wollen haben müßte, sofern nicht die deutschen Vertreter noch mal die Frage in Erwägung ziehen wollten...

Die alliierten Regierungen erklärten noch länger Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Diktum sein Wollen haben müßte, sofern nicht die deutschen Vertreter noch mal die Frage in Erwägung ziehen wollten...

Die alliierten Regierungen erklärten noch länger Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Diktum sein Wollen haben müßte, sofern nicht die deutschen Vertreter noch mal die Frage in Erwägung ziehen wollten...

Die alliierten Regierungen erklärten noch länger Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Diktum sein Wollen haben müßte, sofern nicht die deutschen Vertreter noch mal die Frage in Erwägung ziehen wollten...

Die alliierten Regierungen erklärten noch länger Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Diktum sein Wollen haben müßte, sofern nicht die deutschen Vertreter noch mal die Frage in Erwägung ziehen wollten...

Die alliierten Regierungen erklärten noch länger Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Diktum sein Wollen haben müßte, sofern nicht die deutschen Vertreter noch mal die Frage in Erwägung ziehen wollten...

Die alliierten Regierungen erklärten noch länger Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Diktum sein Wollen haben müßte, sofern nicht die deutschen Vertreter noch mal die Frage in Erwägung ziehen wollten...

Die alliierten Regierungen erklärten noch länger Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Diktum sein Wollen haben müßte, sofern nicht die deutschen Vertreter noch mal die Frage in Erwägung ziehen wollten...

Die alliierten Regierungen erklärten noch länger Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Diktum sein Wollen haben müßte, sofern nicht die deutschen Vertreter noch mal die Frage in Erwägung ziehen wollten...







# Stadtverordnetenversammlung.

Sitzung vom 12. Juli.

Die Höhe hat die übliche Versammlung nicht gebietet, sich gegen mit jener befaßten Beschlüssen, die besonders ein beliebiger Journalist an den Stadtdirektor zu schicken weiß, über alle möglichen Dinge zu unterbreiten und sich gegenseitig zu bekämpfen. Nichts ist noch so schön, denn — hura — der Etat ist endlich da! Der Vorleser begrüßt ihn allerdings nicht sehr begeistert, sondern eher mit der Miene eines Mannes, der in einen lauren Apfel bißt, denn der Etat hat es in sich. Wir werden in den nächsten Tagen noch näher auf seinen Aufbau und seine Positionen eingehen.

Die meisten Vorlagen der Sitzung waren durchaus nicht welt-erschütternder Natur, aber es kam doch zu einigen ausgedehnten Debatten. Das Gas- und Wasser werden teurer werden, nahm man mit der Ergreifung hin, die im Jahre 1920 einen deutschen Städtchensverordneten in solchen Dingen sieht. Leichter wurde es schon bei dem Antrag, das Wasserwerk in städtische Regie zu übernehmen, der auch schließlich angenommen wurde, obwohl die rechte Seite einschüßlich der verschiedenen Einwendungen machte. Die Rechts-Sozialisten waren übrigens ganz resolutär geworden; Herr Gerig sprach von einem Vollwerk, das erstirmt sei. Selbstbeziehung ist eine Bier. Hoffentlich können die Rechtssozialisten auch weitere Vollwerke des Kapitalismus, die von etwas mehr Bedeutung für die Arbeiterklasse sind.

Einen breiten Raum nahmen Vorfragen in den geistigen Beziehungen ein. Die Unhaltbarkeit menschlicher Verträge kam an einem traurigen Beispiel wieder so recht zur Geltung. Die Stadt muß den Verträgen, die sie in den letzten Jahren hauptsächlich gemietet haben, noch Auslieferungen, die nötig sind, beschließen, weil das formale Recht sie dazu zwingt. Es wird Zeit, daß hier aufgeräumt wird. Was Heßes Kind die Pächter sind, das zeigen die Ausführungen eines unserer Genossen über Gut Gimmig! Nach bei der Behandlung der Frage des Müllabwands, der der unsere Genossen Müll aus Gehäusen einzuwerfen haben, zeigte sich wieder die Unmöglichkeit des eigenen Verantwortungs.

Die interessanter Debatte entwickelte sich hinsichtlich nach dem Bericht des Sozialisierungsausschusses über den famosen Antrag der Reaktionen, den Arbeitern und Angestellten der Strohfabrik das Unternehmen zu übergeben. Den Reaktionen, die sich diesen sehr geistlichen Gehirngesetz haben, wurde von unseren Genossen deutlich gesagt, daß ihre Absicht durchschaut ist. Genosse Pöschel machte grundsätzliche Ausführungen über den Unterschied zwischen Sozialismus und Sozialismus, mit dem großen Interesse vom Hause angehört wurden. Er wies nach, daß der Antrag der Reaktionen tatsächlich anarcho-syndikalistisch sei, so daß man an diesem Beispiel den antisozialistischen Geist all dieser verwerflichen Gedanken, wie sie z. B. von der Kommunistischen Arbeiter-Partei vertreten werden, nachprüfen kann. Ganz rotz überließ sich mit den Anarchisten, denn beide lassen die sozialistische Wirtschaft und den Sozialismus als ein und dasselbe erachtet werden, daß der Herrmannmann Pletzt diese Tendenzen des reaktionären Antrags ganz klar erkannte.

Wenn nur etwas weniger getobt würde!

## Sitzungsbericht.

Der Vorleser Gennig eröffnet die Sitzung mit der Verlesung einiger Eingänge. Zunächst wird mitgeteilt, daß

der Etat endlich der Versammlung vorgelesen ist und daß die Beratung bevorsteht. — Die hiesige Ortsgruppe des Bundes der Bodenreformer legt bereits gegen gewisse Bestimmungen des Etats Beschwerde ein. — Die Elternräte der Vorstädte wünschen die Erhaltung eines Kindererziehungsheims. Das Gesetz wird zurückgezogen, da der Magistrat eine Vorlage einbringen wird. Der städtische Angestelltenausschuss weist in einer Eingabe auf die Notlage der Angestellten hin und fordert eine Vorstufung von 1000 Mk. für jeden einzelnen. Da die Gehaltsreform bevorsteht, wird die Eingabe hier erledigt. — Der Verband der weiblichen Angestellten beantragt die Aufhebung der Vorkurspflichtigkeit auf die hiesigen weiblichen Angestellten. — Die Deutsche Volkspartei erhebt Protest gegen die Annahme des Räte-tätigkeits von Dr. Hise. — Der Deutsche Eisenbahnerverband fordert bessere Befehlskraft der Stadt mit Tariflohn und Löhne. — An Stelle der angesehenden Bedienten, Frau W. in n. e. r. und Frau S. b. h. W. in n. e. r. Genossen Fennig und Hise werden in die Versammlung ein.

## Erhöhung der Gas- und Wasserpreise.

Der Gaspreis wird durch die hohe Rohstoffpreise bedingt, auf 150 Mk. der Wasserpreis auf 60 Pf. für den Kubikmeter erhöht. Stadtdirektor Fingert verliest eine Resolution der Deutschen Volkspartei, in der die teigigen hohen Gebühren als indirekte Steuern bezeichnet werden und angefordert wird, die Preise zu staffeln. Diese Erklärung wird mit den Stimmen der USV. und der Rechts-Parteien angenommen, während die Demokraten sitzen bleiben.

## Meine Vorlagen.

Zur Verdrängung des Hauses Magdeburger Straße 39 auf 11 Kleinwohnungen werden 50 000 Mk. benötigt. Stadtdirektor Fingert (USV.) weist darauf hin, daß jetzt durch die bevorstehende Verringerung des Biersteuers freier werden, die man für Wohnungen auf verwenden könnte. — Für die Wiederherstellung von drei Gasbehältern, die während der Märzunruhen beschädigt wurden, werden 22 000 Mk. aus Kämmereimitteln als Voranschlag bewilligt. Ob der Betrag auf Grund des Summularbeitens wiedererstattet wird, ist nicht einsehbar. — Das Kapitalhandgeld wird erhöht, so daß fünfzig bis hundert Reichsmark der Wert der Wertgegenstände entspricht werden muß. — Der Verkauf einer Bausche in der Heilstraße wird genehmigt, ebenso die Vermietung eines Ladens zu neuem Mietzins.

## Das Anschlagwesen in eigener Regie.

Der Vertrag mit dem Buchdruckereibesitzer Schwarz wegen Verpachtung des Anschlagwerkes läuft mit dem 30. September 1920 ab. Der Magistrat hat beschlossen, das Anschlagwerk nicht wieder zu verpachten, sondern in eigene Verwaltung zu nehmen. Es ist beabsichtigt, den Anschlagwerk des Anschlagwerkes zu übernehmen und zu verpachten. Diese Pläne waren dem gegen eine bestimmte Gebühr von hundert Reichsmark anzunehmen. Stadtdirektor Gertz (Soz.) drückt seine Verwirrung darüber aus, daß wieder ein Vollwerk erstrahlt sei und die eigene Regie sich auszudehnen (weiter). Er beantragt eine umfassende Abklärung beim Magistrat einzureichen. Stadtdirektor Fingert (Dem.) weist der Vorlage nicht ebenso unmissverständlich gegenüber. Die Übernahme in eigene Regie sei kein Vorteil. Man könne hier wirklich von seinem Vollwerk der Kommunalisierung sprechen. — Auch Stadtdirektor Fingert (USV.) wendet sich gegen die Vorlage und schlägt noch einmalige Aufklärung vor. Stadtdirektor Fingert (Dem.) wendet sich gegen die Ausführungen der Demokraten. Stadtdirektor Fingert (USV.) erklärt, es handle sich nicht darum, heute im Prinzip zu entscheiden, ob das Anschlagwerk verpachtet wird, denn das ist längst beschlossen. Man müsse sich dazu gewöhnen, mit der Verpachtung aufzugeben. Stadtdirektor

Günter betont, daß nicht nur die Druckerei von Schwarz, sondern mehrere andere Druckereien für Plakatdruck eingestellt seien. Der Antrag Herzfeld wird gegen die Stimmen der Bürgerlichen abgelehnt und die Magistratsvorlage genehmigt. Der Antrag Gertz wird angenommen.

## Räter-Annahme.

Für die Erneuerung der Wasserleitung auf dem Stadtplatz Wölfer Weg und die Herstellung eines Wasserleitungsnetzes nach dem Garten des Rathauses werden 24 000 bzw. 15 000 Mk. gefordert. Stadtdirektor Gertz (USV.) wendet sich dagegen, daß der Wölfer Weg seinen großen Einwohnern nicht selber die Kosten der Leistungsbereitstellung bezahlt. Vom Magistrat wird erklärt, daß nach dem Vertrag das Recht auf Seite des Rätlers liegt. Stadtdirektor Fingert (Dem.) meint, man solle nach dem der Räterentgelt ändern, damit sich der Rechnungspunkt der Stadt nicht erhöht. Wir legen großes Gewicht auf diesen Verhandlungen darauf, ein ganz unhaltbarer Zustand, gegen den nichts unternommen wird. Man solle den Antrag an den Aufsicht zurückverweisen, damit diese Dinge nachprüfbar werden. Die Räter aller weniger ihre Profite der hiesigen Bevölkerung zur Verfügung stellen. Die Stadt solle mit der Räter wegen Aufhebung der Räterentgelte in Verhandlungen treten.

Stadtdirektor Herzfeld fordert Hilbrant auf, seine Rede im Hause zu wiederholen. Er wurde brandend verurteilt. (Große Heiterkeit.) — Stadtdirektor Fingert vertritt auf eine Verordnung über Bekleidungsminister, die beabsichtigt ist. Die vier hiesigen Räter seien ihrer Millionäre wert. Unter den folgenden Rednern teilte Stadtdirektor W. e. r. mit, daß auf Wilmis vorjähriger Nagel gedrohen wird, wenn man offenbar so lange aufgehoben hat, um ihn jetzt als diesjährigen auf den Markt zu bringen und die Wilmispreise einzuführen. Stadtdirektor Herzfeld wendet sich ebenfalls gegen die Verhandlungen. Der Antrag des Stadtdirektors Fingert auf Aufhebung der Räterentgelte ist erledigt, da bereits in der vorigen Sitzung ein solcher Antrag angenommen wurde.

Die Stadtdirektor Herzfeld und Genossen beantragen, nach Ost- und Westpreußen Betriebsstellen einzurichten, nämlich des hiesigen Wilmis-10 000 Mk. als Beitrag zu den Kosten des Betriebes der Bahnerholungsstätte werden bewilligt. — Eine Vorlage über Verwendung der Warenhaussteuer wird ebenfalls angenommen. — 7 000 Mark werden für Feuermaterialien nachbewilligt. — Ein Gesuch des Stadtdirektors Fingert um die Erhaltung des hiesigen Wilmis-10 000 Mk. wird ebenfalls angenommen. Der Antrag des Stadtdirektors Fingert über die Verhandlungen des Sozialisierungsausschusses ist der Sache der

## Selbstwirtschaftung der Straßenbahn.

die von den Rechtsparteien beantragt war. Der Aufsicht der Räter einmütig die Möglichkeit der Selbstwirtschaftung. Er beantragt aber, daß in jedes Karussell eines hiesigen Wilmis Wertes und in jeder Deposition zwei Betriebsratsmitglieder mit Stimmrecht aufgenommen werden. Der Antrag der Räter der Depositionsmitglieder soll der ganze Betriebsrat beratende Stimme haben.

Stadtdirektor Herzfeld (USV.) lenkt gegen die Tendenz des Antrages der Rechtsparteien, der nur gestellt war, um den Sozialismus zu bekämpfen. Stadtdirektor Fingert (Dem.) warnt davor, den Betriebsrat selbst zu wählen, sondern die Räter zu ernennen. Der soll denn die Betriebsräte wählen? (Große Heiterkeit.) Man solle den Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss überweisen.

Stadtdirektor Pletzt betont, daß die Straßenbahn tatsächlich sozialisiert sei. Die Übertragung eines Betriebes an die Arbeiter des Betriebes selbst sei auch keine Sozialisierung, sondern das Gegenteil. (Große Heiterkeit bei der USV.) Der Antrag auf Veranlassung der Betriebsräte sei von einem Deutschennationalen ausgegangen. — Stadtdirektor W. o. v. i. l. b. meint, daß mit den anarcho-syndikalistischen Ideen gerade bei der rechten Seite des Hauses gespielt worden sei. Man werde hier gerade als blinder, gerade vor den Arbeitern. Die Arbeiter des Stadtdirektors Fingert seien das Mißgeschick leitender Personen gegen das Selbstbestimmungsrecht der Reichsämter. (Große Heiterkeit.) — Stadtdirektor Fingert (Dem.) erklärt, sie ständen den Aufschüßleranträgen zwar auch unmissverständlich gegenüber, aber man sei doch erst dem Aufsicht überweisen. Stadtdirektor Herzfeld wird beschlossen, nach den Anträgen des Sozialisierungsausschusses zu verfahren. Ein Antrag des Stadtdirektors Fingert, für die hiesige Straßenbahn Tagesfahrkarten auszugeben, mit der Vererdigung, die Straßenbahn auf allen Linien einen vollen Tag zu benutzen, wird nach kurzer Debatte abgelehnt.

Ein Antrag des Stadtdirektors Fingert, die hiesigen Straßenbahn mit dem hiesigen Schulvertrage für Handwerker, Gemein- und Handelsgewerbe, Sozialversicherung und Kommunalisierung mittelständischer Gewerbebetriebe, wird durch Übertragung auf Tagesordnung erledigt, nachdem Herr Wimmer seine übliche Vorrede gegen die „soziale Sozialisierung“ verbreitet hatte. Stadtdirektor Herzfeld (USV.) wies an der Frage des Nummernlaufes durch Stadtdirektor Herzfeld, wie unhaltbar die Argumente des Herrn Wimmer sind.

## Wo bleibt die Reichsware?

Die Demokraten stellen folgende Anfrage an den Magistrat: — Was soll die hiesige Bevölkerung zu ansehnlich selten Reichsware angeboten? In anderen Städten soll dies häufiger vorkommen, so daß dort die Bevölkerung die Möglichkeit hat, verhältnismäßig billig allerlei Textilwaren einzukaufen. Die Anfrage wurde nach einer kurzen Begründung durch Stadtdirektor Fingert (USV.) beantwortet. Es sind keine größeren Mengen Reichsware mehr zur Verfügung. Andere Städte haben allerdings mehr Reichsware, aber sie haben andere Ware als Reichsware bezogen und dadurch z. B. größere Verluste erlitten. Das aus der alten Reichsware hergestellte Zeug sei auch nicht sehr haltbar. Stadtdirektor Herzfeld (Dem.) teilt mit, daß vor mehreren Monaten einmal Reichsware aus der Arbeiterverwaltung ausgegeben worden sollte. Diese Ware wurde bestellt und wurde bezahlt, wurde aber nie in die Hände der Arbeiter gelangt. (Große Heiterkeit.) Die Arbeiter haben also die Reichsware bekommen. Stadtdirektor Fingert (USV.) wendet sich gegen die Frage der Reichsware, die Stadtdirektor Herzfeld (Dem.) teilt mit, daß die Reichsware in dem angelegten Portal an Berliner Stellen liegen müßte.

## Der Ost- und Gemeinwucher.

Ein Dringlichkeitsantrag der Demokraten verlangt Lieferungsverträge für Ost- und Gemeinwucher Stadt und Erzeugern. Nach einer Begründung des Antrages durch Stadtdirektor Fingert (USV.) wendet sich Stadtdirektor Herzfeld (Dem.) gegen die Gründe der Rechtfertigung. Im Wangel der Reichsware haben manche Geschäftsleute aus der Arbeiterverwaltung die Ost- und Gemeinwucher als der ganze Wohlstand ihres Landes betraut. Die kommende Parochie wird uns noch höhere Lieferungsverträge bieten. Auch die Arbeiter verdienen ein unangenehmes Geld. Aus dem Etat ist zu ersehen, daß die Stadt ohne den Ostwucher in der Umgebung ganz billig beschaffen hat. Ob wir nun auch billiges Ost- und Gemeinwucher aus der Arbeiterverwaltung beschaffen, das mehr wert ist für die hiesige Bevölkerung anzubieten. Die Erzeuger stehen zum großen Teil selbst auf dem Standpunkt, unter Ausschaltung des Zwischenhandels mit den Städten Lieferungsverträge abzuschließen.

Stadtdirektor Herzfeld erklärt, daß die Stadt selbst Ostwucher produzieren müßte. Stadtdirektor Fingert (Dem.) meint im Gegenteil, man dürfe die hiesigen Reichsware, die sich seit Jahren veräußert haben, nicht ausbilden. Stadtdirektor Herzfeld (USV.) macht ebenfalls längere Ausführungen, in denen er die Arbeiterverwaltung streifte und die Gefahr, die die halbe Aufhebung der Arbeiterverwaltung für die Arbeiter bedeutet, erläutert. Wenn die Arbeiterverwaltung die Lieferungsverträge nicht, so gefährdet sich das noch mehr über eine gewisse Arbeiterverwaltung, die eben notwendig ist. Der Antrag der Demokraten wird schließlich angenommen, wo mit die öffentliche Sitzung schließt.

In der geschlossenen Sitzung wurde der Antrag eines Herrn H. e. s. (Sozial.) zu Wohnrecht an Gebäuden, trotzdem der Magistrat und die Ausschüsse den Verkauf empfehlen, da die Stadt bei der Veräußerung von Wohnungen in einer durch die Arbeiterverwaltung sei. Die Mehrheit machte aber geltend, daß diese öffentliche Vorlage nicht von der Grundstücksverwaltung aus angelegt werden dürfe, um in der Arbeiterverwaltung einzuführen. Im vorliegenden Falle sollte der Verkaufsbetrag über 80 000 Mk. in der Arbeiterverwaltung nur ganz kurzzeitig gezahlt werden. Für solche Spekulationsgewinne aus hiesigen Mitteln konnte die Mehrheit der Stadtdirektoren keine Verantwortung übernehmen.

# Halle und Saalkreis.

Halle, den 13. Juli 1920.

## Der Haß gegen die Rätebewegung.

Die Saure-Gurken-Liste nach Das erkannte man besonders klar an einem Berichte, den die Volkstimme über den angeblichen „Zusammenbruch“ der wirtschaftlichen Räteorganisation anlässlich einer Sitzung der Betriebsräte im Volkspark brachte. Die Plankasse des rechtssozialistischen Erbschaftsatters, offenbar des Herrn „Rebakter“ Heße aus Plauenburg, der in unserem Blatt herumgeister, sich überall aufdrängt und sich überall Plagen hält, ist eine geradezu blühende. Wer den wütenden Haß der Sozialpatrioten gegen die revolutionäre Rätebewegung kennt — ein Haß, zu dessen Dienen ich leider auch manche Leute gemacht haben, die angeblich revolutionäre Sozialisten sind — und weiß, zu welchem Zwecke solche schabigen Verleumdungen und Intendierungen von der Volkstimme gemacht werden. Es sei festgestellt, daß die Konferenz zu rein geschäftlicher Regelung einberufen war, und daß die Streikfrage, die angeblich die Hauptrolle spielen sollen, von dem Eintritt in die eigentliche Tagesordnung erloschen sind. Mit Ausnahme der bereits freiziehenden Mehrere äußerten sich alle Vertreter gegen die Aufnahme eines Generalkonferenz. Besonders bei herzoglichen, das sich der Vorsitzende der Räteorganisation, Genosse Dör, schon in der Versammlung der hiesigen Vertrauensleute am Dienstag, begleitete bei jeder Gelegenheit imbei selbst, in Halle und auch in dieser Konferenz auf Grund von Berichten aus dem Reiche sich unbedingt gegen den Streik in diesem Augenblick ausdrückte. Der sozialpatriotische Eigenberuf verlor durch raffinierte Fälschungen der Medien, die gehalten wurden, eine andere Ansicht hervorzurufen. Lediglich ist von allen Streikern, die an der Konferenz teilnahmen, die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens mit Parteien und Gewerkschaften hervorgehoben worden, wobei man leider feststellen mußte, daß die einzelnen Gewerkschaften gar nicht an die gemeinsamen Versammlungen am 12. und 13. Juni im Volkspark kamen; man beachte ja nur wieder an Herrn Heße zu erinnern, der sich am 12. Juni für die festhängende USV. erklärte, und der sich jetzt in seinem Mundschrei bemüht, die Bewegung zu sabotieren. Genau so ist es mit anderen Versammlungen, bei denen es nur viel trauriger wird, weil sie bisher keine offenen Sozialpatrioten waren.

Die Hoffnung, daß die Arbeiter der Räteorganisation den Rücken kehren, so daß diese bald zusammenbrechen muß, wird trotz allem von Wasser werden. Die Arbeiter in den Betrieben selbst sollen bald durch eine Urabstimmung bekunnen, ob sie eine selbstständige Räteorganisation wollen, oder ob sie die Maßnahmen des sozialpatriotischen Gewerkschaftsbundes anerkennen. Ueber diese Urabstimmung wird demnächst näheres gesagt werden.

## Eine falsche Rechnung.

In der bürgerlichen Presse erliegt am Sonnabend nachstehende, aus Händlereinstimmigkeit inspirierte Artikel:

Nachdem die letzte Veröffentlichung der Preisprüfungsstelle im Einvernehmen mit der Holzverwaltung, hiesiger Holz- und Kleinbändler und Mitglieder des ehemaligen Arbeiterkreises offenbar in Verhandlung mit der hiesigen Holzverwaltung eingetreten und wiederum zur Befriedigung der Holzindustrie geführt hat, möchten die hiesigen Holzbändler zur Klarstellung der Kleinhandelspreise folgendes bekanntgeben:

augenblicklicher Erzeugerpreis	1,20—1,40 Mk.
Zufschlag für den Großhandel 20 %	0,25
Zufschlag für den Kleinhandel 25 %	0,40
	1,85—2,05 Mk.

Unter diesen Preisen, die sehr stark berechnet und als Mindestpreise gelten müssen, kann es niemandem möglich sein, ohne Schaden zu verkaufen und es geht daraus hervor, daß der Preis von 1 Mk. der Pfund im Kleinhandel ein wirkliches Preisgebot ist. Sollte darauf bestanden werden, daß unter den eben genannten Preisen verkauft werden soll, so wird ein Abwärtens des Lebens, wie schon die Preisprüfungsstelle erklärt hat, die unabweisliche Folge sein, da diese Mindestpreise bei keiner anderen Stadt sich finden lassen werden.

Demgegenüber ist festzustellen, daß bei der angelegten Preisprüfung, an welcher die Preisprüfungsstelle, die Holz-, Groß- und Kleinbändler und Arbeiter beteiligt waren, eine zwar unerbittliche Ausrede hatte stattgefunden hat, wobei aber eine deutliche Feststellung, wie die oben aufgeführte, nicht gemacht wurde. Offensichtlich der „Erzeugerpreis“ (den es doch bei hiesigen bekanntlich nicht gibt, es müßte schon Wäpelerpreis heißen), von 1,20 bis 1,40 Mk., nicht, denn es wurde in dieser Sitzung festgestellt, daß auch Kleinbändler unter diesen Preis, und zwar auch nicht die kleinsten, sind. Stadtdirektor Herzfeld (USV.) hat sich zum Pfund zu haben vor. Zweitens war auch von einem Großhandelspreis von 20 Prozent keine Rede, sondern von höchstens 10 Prozent nebst 5 Mk. Procent pro Pfund. Dem Großhandel kann doch nicht ein Gewinn von 20 Prozent zugehen, das wäre ausserproportionaler Wucher. Demgegenüber käme der Kleinhandel mit seinem ihm zugehörigen 25 Prozent viel zu schlecht weg, denn oft genug kann er diese nicht in Rechnung stellen und muß mit weniger zufrieden sein. Bei einer solchen, angeblich aus Händlereinstimmigkeit angelegten, willkürlichen Preisfestsetzung kommt natürlich die Preise auf alle Lebens- und Berufsstände herabzusetzen, und an einen Mann der Preise nicht zu denken. Wenn die Herren Erzeuger bündler glauben, daß sie einzuhalten können, wie sie wollen, und noch zu dem angeblichen Einfuhrpreisen 20 Prozent dazufügen zu können, dann ist es schon besser, das konfirmierte Publikum verweigert auf den Gewinn der Hiesigen. Dann schimpft der Gewinn auch bei diesen Herren ganz allein ein, die angeblich glauben, daß es besser sei, wenn wilde Kommissionen die Preise selbst machen, wie das am Sonnabend vor acht Tagen der Fall war.

